

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schiller-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6230-23.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3.20 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Porto; durch die Post bezogen: M. 4.75 monatlich, M. 14.25 vierteljährlich, ohne Porto. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erste Zeile M. 1.20, zweifache M. 1.60, dritte M. 1.00, vierte M. 0.80, fünfte M. 0.60, sechste M. 0.40, siebte M. 0.30, achte M. 0.20, neunte M. 0.15, zehnte M. 0.10. — Für die vierteljährliche Anzeigenzeitung oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unwesentlicher Änderungen entsprechende Nachsch. — Schluss der Anzeigen: Donnerstag für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Dienstag, 7. Dezember 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 571. ♦ 68. Jahrgang.

Die Befolungsordnung und die Teuerungszuschläge.

Von Dr. Bachnide, M. d. R.

Die Neuordnung der Gehaltsverhältnisse unserer Beamten stand unter einem ungünstigen Stern. Kaum waren die Grundlagen der Reform vereinbart, da erhöhten mehrere Einzelstaaten die Bezüge ihrer eigenen Beamten. Dies konnte nicht ohne Rückwirkung auf die gleichgearteten Beamten des Reiches bleiben. Jeder zieht Vergleich, und niemand will sich auf eine niedere Stufe herabdrücken lassen. Deshalb hob ein neuer Sturm auf Parlament und Regierung an mit dem Ziel, eine entsprechend veränderte Einstufung zu erreichen. Der Hauptausschuss des Reichstages war mit der Beratung des Haushaltes zu stark beschäftigt, als daß er eine derart umfassende Spezialarbeit außerdem hätte leisten können. Er mußte einen Unterausschuss damit betrauen.

Der Unterausschuss hat der schwierigen und undankbaren Aufgabe sehr viel Zeit und Kraft gewidmet und ist nunmehr in der Lage, dem Plenum des Ausschusses die Ergebnisse vorzulegen. Ein Abschluß der Beratungen steht also unmittelbar bevor, so daß nur noch die Vollziehung des Reichstages ihren Stempel darauf zu drücken braucht.

Darüber hinaus setzte eine neue Bewegung ein, die die Erhöhung der Teuerungszuschläge bezweckte. Die Großorganisationen forderten einen Zuschlag von 75 Prozent statt der bisher vorgesehenen 50 Prozent und ein Minimum von 7000 M. des Zuschlags. Dieser Form der Gehaltserhöhung widersprach die Regierung. Schon die höheren Einstufungen betragen ein Mehr von etwa 800 Millionen gegenüber den 9.905 Milliarden, die die Befolungsordnung ausschließlich des Heeres und einschließlich der Teuerungszulagen dem Reich kostet. Damit war eine Grenze erreicht, welche die Regierung nicht glauben noch weit überschreiten zu dürfen.

Es wurden deshalb unter den Regierungsparteien Verhandlungen eingeleitet und neue Wege gesucht. Man einigte sich dahin, die Kinderzahl zu berücksichtigen und dadurch ein stärkeres soziales Moment in die Befolungsverhältnisse hineinzutragen. Die Frucht der Überlegungen war der Antrag zur Lage, Dr. Bachnide und Kießer, der den Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen für Ortsklasse A auf 150 Prozent, in Ortsklasse B auf 125 Prozent, in C auf 100, in D und E auf 75 Prozent erhöhte.

Volle Befriedigung löst auch dieser Antrag nicht aus; es bleiben unerfüllte Wünsche übrig. Aber jetzt kam alles darauf an, daß schnell gehandelt und jeder verzögernde Taktik entgegengetreten wurde. Gleichzeitig mußte der Ausschuss, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt bleiben wollte, Rücksicht auf die Reichsfinanzen nehmen. Das Kompromiß der Regierungsparteien kostete nicht weniger als 600 Millionen. Eine allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages um 10 Prozent würde jährlich 564 Millionen kosten. Der Widerstand des Kabinetts gegen noch höhere Ausgaben erscheint also erklärlich.

Die Unabhängigen setzten sich über die finanzpolitischen Bedenken hinweg und brachten Anträge ein, die dem Reich eine Mehrausgabe von 6 Milliarden, den Ländern und Gemeinden das Doppelte dieses Betrages verursachen hätten. Der Reichsfinanzminister bezeichnete ein solches Vorgehen als außerhalb jeder Möglichkeit liegend. Im Reichstag würden so radikale Zumutungen vollends schroff zurückgewiesen werden. Wer unserer Beamenschaft wirklich nützen wollte, mußte auf eine mittlere Linie treten, wie sie der Antrag der Regierungsparteien darstellt. Damit wird den kühnen Familien ein Entgegenkommen gezeigt, das von ihnen zumal vor der Weihnachtszeit gewürdigt werden dürfte.

Einer allgemeinen Erhöhung des Teuerungszuschlages vermag die Regierung nicht zuzustimmen, ohne daß dann zugleich die Invalidenrenten und die Bezüge der Kleinrentner gesteigert würden. Auch der Hauptausschuss ging auf Anregungen nicht ein, die sich in der Richtung auf ungemessene Ausgabesteigerungen bewegten. Schließlich wurde, wenn auch mit Vorbehalten der äußersten Rechten und Linken, der Antrag zur Lage, Dr. Bachnide und Kießer einstimmig angenommen.

Wie die hieraus entstehenden Mehrbelastungen getragen werden sollen, konnte nicht entschieden werden. Man nahm nur zur Kenntnis, daß das noch ausstehende Pensionergesetz, das eine automatische Auswirkung der Befolungsordnung ist, etwa 1 Milliarde Mehrausgaben verursachen wird. Dazu treten acht Milliarden für Verbilligung von Lebensmitteln. Beträgt es darüber, ob nicht 3 Milliarden zur Förderung von Wohnungsbauten unbedingt notwendig sind. Den gesamten Gehaltsbetrag, der nach dem Etat von 1920

auf einige 50 Milliarden berechnet war, schätzte der Finanzminister Dr. Wirth nunmehr auf 80 Milliarden für die Zeit um den 31. März 1921. Das bedeutet eine Flut neuen Papiergeldes, die nur geeignet ist, dessen Wert immer tiefer herabzudrücken. Der Steuerausdruck ist am Werke, dieser Flut, soweit noch möglich, einen Damm entgegenzusetzen!

Handwerkerprotest gegen die Steuergesetzgebung.

Br. Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag fand ein Handwerker-Vorstandstag aller Groß-Berliner Handwerksvereine statt. In demselben wurden die Beschlüsse der Handwerkervereine, die durch die neue Steuergesetzgebung hervorgerufen werden, einstimmig genehmigt. Die Beschlüsse lauten: In der dargelegten Weise, daß die vorzeitige Einführung von einem Drittel des Reichsnotopfers, die geplante neue vorläufige Steuer vom Grundbesitz, die 10 v. T. des Zeitwertes beträgt und erstmals mit einem 100 Prozent weit übersteigenden staatlichen Zuschlag erhoben werden soll, das selbständige Handwerk völlig ergriffen müsse. Das Groß-Berliner Handwerk erhebt gegen diese ruhmlose Steuerpolitik nachdrücklich Widerspruch und erwartet eine Revision der Steuergesetzgebung in dem Sinne, daß die Steuerbelastung den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Lebensbedingungen des Handwerks in höherem Maße als bisher angepaßt wird.

Mahnahmen gegen den Wucher.

Br. Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem Weg der Gesetzgebung soll eine vollständige Neuordnung und Umgestaltung der Anweisungen für die Preisprüfstellen erfolgen. Die Preisprüfstellen und Rechtsanwaltschaft sind bereits angewiesen worden, in allen Fällen einzuschreiten, wo Wucher vorliegt. Für die schnelle Erfassung des Verbrechens sind Maßnahmen in Vorbereitung. Sollte damit eine Besserung in der Abklärung nicht erreicht werden, so ist es sehr wahrscheinlich, daß über 500 000 Tonnen Brotgetreide eingeführt werden müssen.

Enttäuschte Auslandspolen.

Br. Döbeln, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Seit einigen Wochen ist auf den ostpreussischen Eisenbahnen nach Berlin und Hamburg ein starker Auswandererstrom zu beobachten, der sich nach Amerika richtet. Aus Mittelnahmen von Auswanderern geht hervor, daß es sich durchweg um Polen handelt, die bei Beendigung des Krieges und bei Errichtung des polnischen Reiches aus Amerika zurückgekehrt sind. Sie hofften, in ihrem Lande eine auskömmliche Existenz zu finden, haben sich aber enttäuscht und haben sich entschlossen, ihrer Heimat erneut den Rücken zu kehren. Die Auswanderer klagen einstimmig über die schreckliche Teuerung, den Mangel an Lebensmitteln und die sonstigen Verhältnisse, die überall in Polen herrschen.

Londoner Rundgebungen für eine Steuerherabsetzung.

Mz. Paris, 6. Dez. (Drahtbericht.) Nach einer „Matin“-Meldung fanden in London Rundgebungen ausanlassen der Herabsetzung der Steuern statt. Der jetzige Finanzminister wird stark angegriffen; man spricht deshalb von seinem Rücktritt. Als sein Nachfolger ist Windstone Churchill in Aussicht genommen.

Irland zum Frieden bereit.

D. London, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Der Referent O'Mahony, derzeit an Stelle des verstorbenen Griffith, stellvertretender Präsident der irischen Republik, hat an Lord Georges folgendes Telegramm geschickt: Sie haben erklärt, daß Sie bereit seien, unverzüglich und noch vor Weihnachten Frieden zu machen. Auch Irland ist dazu bereit. Welches Vorgehen schlagen Sie vor?

Vor einem Generalfreistat in Spanien?

Mz. Madrid, 5. Dez. (Havas.) Der Generalfreistat soll auf ganz Spanien ausgedehnt werden. Der Gouverneur von Valencia hat die Regierung benachrichtigt, daß er den Generalfreistat für Montag befürchte. In Sevilla wurden 8 bekannte Sozialisten verhaftet. Militär patrouilliert in der Stadt.

Die Volksabstimmung in Griechenland.

D. Paris, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Das Savasbureau meldet aus Athen: Die Volksabstimmung in ganz Griechenland ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird erst heute festgestellt werden können. Es besteht jedoch bereits die völlige Gewissheit, daß das Volk sich zugunsten der Rückkehr König Konstantins ausgesprochen hat, da nur die Royalisten (Konstantinisten) sich an der Abstimmung beteiligten, während die Liberalisten (Venizelisten) sich der Abstimmung enthielten.

Armenien Räterepublik.

W.T.B. Berlin, 5. Dez. Einer drahtlosen Meldung aus Moskau zufolge hat sich Armenien zur Räterepublik erklärt.

Hardings Seemachtsträume.

D. New York, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Harding gab in einer Rede in Newport-Rhodes seinem Wunsch Ausdruck, eines Tages die Vereinigten Staaten von Nordamerika als die hervorragendste Seemacht der Welt begründen zu dürfen. Er hofft zwar, daß die Union an einer Abnützung gelangen werde. Inzwischen aber bedürfte sie einer starken Marine, die allen Ansprüchen der Lage gewachsen sei. Die amerikanische Handelsflotte müsse über alle Weltmeere gehen. Hoffentlich werde es zum Abschluß eines internationalen Friedens kommen. Aber es sei ausgeschlossen, daß die nationale Unabhängigkeit diesem Gedanken Opfer bringen könne.

Die Völkerbundstagung in Genf.

Mz. Genf, 4. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerbundstagung teilte Präsident Dumas dem Eingang eines Antrages der Schweizerischen Delegation mit, der den Völkerbund auffordert, den amerikanischen und europäischen Organisationen zum Zweck der Linderung der Leiden und des Elends der Kinder in den vom Krieg erschöpften Ländern zu Hilfe zu kommen und einen Oberkommissar zu ernennen mit der Aufgabe, die Mittel hierzu zu prüfen. Die Besprechung des Antrages wurde auf die nächste Sitzung verschoben. — Der Delegierte von Paraguay, Desasques, erklärte, er halte es für falsch, die kandinavianischen Änderungsanträge in dieser Tagung nicht mehr zu behandeln. Aus diesem Grunde habe die Delegation von Paraguay mit Argentinien gegen die Verschlebung der Anträge gestimmt. — Barnes verlangte sodann Auskunft über die Haltung des Völkerbundesrates im russisch-polnischen Konflikt. Er wünschte zu wissen, ob der Rat gewillt sei, die zu erwartende Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Frühjahr zwischen Polen und Russland zu verhindern. Er drückte dem polnischen Volke seine Sympathie aus zum Kampfe für seine Freiheit. Es sei aber Pflicht des Rates, die Gefahr eines neuen russisch-polnischen Krieges zu beseitigen. — Bourgeois verwies darauf, daß eine Intervention nur dann erfolgen könne, wenn eine der kriegführenden Mächte sie verlange. — Baderewski (Polen) nahm Polen gegen die Vorwürfe in Schutz, es habe mutwillig Krieg geführt, und beteuerte, daß Polen, wenn der Friede mit Sowjetrußland zustande komme, genau seine Verpflichtungen innehalten würde. — Hansen (Norwegen) glaubte im Namen aller zu sprechen, wenn er Polen seine Sympathie ausdrückte. — Die Aussprache endete ohne eine Abstimmung, nachdem Präsident Dumas der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Barnes nicht eine Abstimmung über seine Motion verlange, da sie keinen eigentlichen Antrag, sondern nur eine Anfrage darstelle.

Mz. Genf, 4. Dez. Die Vierte Kommission behandelte die Arbeiten der Kostenverteilung unter die Mitglieder des Völkerbundes. Gegen die zurzeit angewandte Art der Verteilung, die sich nach derjenigen des Völkerbundes richtet, wurde Einspruch erhoben. Man beschäftigte sich mit der Frage, ob eine Änderung des gegenwärtigen Verteilungsmodus eine Änderung des Völkerbundes zur Voraussetzung habe. Die Kommission wird einen Entwurf vorlegen, der die Staaten in zwei Kategorien einteilt, und zwar auf Grund der Bevölkerungsziffer und des Einkommens. Immerhin wird auch diese Methode als mangelhaft bezeichnet. Man schlägt vor, die Beitragsleistungen eines jeden einzelnen Landes nach einer besonderen Berechnung festzusetzen.

Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz.

W.T.B. Berlin, 6. Dez. (Drahtbericht.) Beim Vorliegen der deutschen Friedensdelegation in Paris ging am 5. Dezember folgende Note ein: Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am 13. Dezember, vormittags, in Brüssel zum Zweck des vorläufigen Studiums der Frage der Reparation vereinigen, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles zu leisten verpflichtet ist. Die Sachverständigen, die der Zahl nach 2 für jedes zu vertretende Land betragen werden, werden ihren Regierung berichten und das Protokoll ihrer Sitzung wird der Reparationskommission mitgeteilt, da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit denen der Verbündeten zusammen tagen sollen. Ich wäre Eurer Excellenz verpflichtet, wenn Sie mir die Namen der Bevollmächtigten der deutschen Regierung mit der größten Beschleunigung mitteilen.

Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Mz. Paris, 5. Dez. (Havas.) Nach einem Moskauer Funkpruch machte die polnische Regierung der Sowjetregierung Vorschläge hinsichtlich der Frist, innerhalb welcher der Friede zwischen den beiden Ländern aufzuheben sein müsse. Ferner schlug sie vor, daß nach der Einnahme der angelegten Linien durch die beiderseitigen Truppen die Unterhandlungen über die Garantien beginnen sollten, die die Sicherung des Friedens zum Zweck haben sollten. Der Funkpruch belagte weiter, die Sowjetregierung begrüße mit Genugtuung die Tatsache, daß die polnische Regierung die Arbeiten der Friedenskonferenz zu beschleunigen wünsche. Die Garantien könnten aber die Sowjetregierung nicht eher geben, bis auch alle feindlichen Mächte ebenfalls solche gegeben hätten.

Eine neue russische Offensive.

W.T.B. Paris, 4. Dez. Wie der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Genf meldet, erklärt die polnische Delegation, bestimmte Nachrichten zu besitzen, wonach bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 600 000 Mann sich zu einer neuen Offensive gegen Polen bereit machen. An der galizischen Front zwischen Wolodol und Bodolet und der rumänischen Grenze würden 500 bolschewistische Divisionen konzentriert, während in dem Abschnitt gegenüber dem Völkerbundsbesitz von Wilna 150 000 bis 200 000 Mann händeln.

Wrangels Flotte unter französischem Schutz.

Mz. Paris, 5. Dez. (Havas.) Nach den letzten Nachrichten aus Südrußland ist die Flotte des Generals Wrangel unter dem Schutz Frankreichs gestellt worden. Der Sammelplatz der Kriegsschiffe wird wahrscheinlich Biserta oder derjenige der Handelschiffe in Toulon sein.

Die russischen Schulden an Frankreich.

Mz. Paris, 4. Dez. Wie die in Paris erscheinenden russischen Nachrichten erfahren, hat die französische Regierung an die amerikanische Regierung eine Note gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die russischen Schulden an Frankreich seien. Frankreich könne daher nicht untätig zusehen, wie sich fremde Staaten Konzessionen in Sibirien erwerben.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Br. Nürnberg, 4. Dez. In der heutigen Sitzung sprach als erster Redner Reichstagsabg. Dr. Heine. Er führte u. a. aus: Die frühere Regierung hatte im Grunde genommen leistungsfähige Arbeit geleistet, sie war politisch bejahend, konsolidierend. Wir sind in der Deutschen Volkspartei Gegner dieses übertriebenen Parlamentarismus, wie er jetzt herrscht und wir wünschen festere Stränge in das Staatsgefüge einzufügen, als sie der Parlamentarismus bietet. Wenn wir trotzdem ins Parlament eingetreten sind, so waren wir uns wohl bewusst, daß unser Schritt in der Öffentlichkeit gewissen Missdeutungen ausgesetzt sein könnte. Wir sind aber von den Grundrissen, wie wir sie einmal festgelegt haben, weder beim Eintritt in das Kabinett noch bei der Führung der Geschäfte irgend wie abgewichen. Ich weiß, daß die äußere Politik in Ihren Kreisen vielfach Mißbilligung findet. Aber wir müssen mit den Tatsachen rechnen. Das Hauptanliegen ist in der auswärtigen Politik ist die Wiedererrichtung der Staatsautorität. Das Recht bedeutet nichts, wenn nicht die Macht und die Gewalt des Staates dahinter steht. In dieser Richtung haben wir innerhalb der Regierung gearbeitet. Wir haben die Schwierigkeiten überwunden, die sich einer Reorganisation unserer Verfassung entgegenstellten. Es geht sich mehr und mehr, daß eine Konsolidierung unserer Verfassung stattfindet. Auch auf lokalem Gebiet haben wir versucht, die Staatsautorität wieder durchzusetzen. Der Erfolg des Reichspräsidenten hat dem wilden Streik ein Ende gemacht. Dieser Weg wird von der Regierung weiter beschritten werden. Das Kabinett hat beschlossen, daß bei der Lösung des zweiten Staats ein jeder Minister zu Beginn seines Amtes seine Ansicht darlegen solle. Wir sind überzeugt, daß Ruhe nur eintreten kann, wenn die Zwangswirtschaft abgebaut wird. Im Reichswirtschaftsministerium muß die Frage der Sozialisierung gelöst werden. Im Reichsarbeitsministerium handelt es sich um die Vorräte einer Schlichtungsordnung, bei dem Ernährungsministerium im allgemeinen um die Aufgabe, allmählich eine Senkung der Preise für die notwendigen Warenartikel zu erreichen. Die Sorgen des Finanzministers brauchen ich Ihnen wohl nicht besonders vorzuführen. Das Ministerium der Betriebsanstalten hat ebenfalls wichtige Aufgaben, und Sie werden auch hier sehen, daß eine feste Hand die Fäden führt. Die unangenehmen Strafverfügungen, die während des Krieges erlassen sind, müssen abgebaut werden und der Reichtum vor dem Recht im eigenen Volk wachgerufen werden. Der Reichtum folgte für mich der Welt.

Abg. Tiel will die Frage beantworten, wie sich sozialpolitisch die Kräfte, die heute noch durch das sozialistische Dogma gebunden seien, zum Heil der Volksgemeinschaft betätigen können.

Nachdem Abg. Prof. Leibig den Bericht der Randvorsichtskommission erstattet hatte, kam der dritte Berichterstatter, Abg. Dr. Curtius, als Erklärer zum Generaldirektor Böglers zu Wort. Daraus erstattete Geheimrat Garmisch, Mitglied des preussischen Landesparlamentes, den Geschäftsbericht.

Nach einer Mittagspause hob die wirtschafts- und sozialpolitische Aussprache an. Reichstagsabg. Havemann brachte Wünsche des Handwerks vor. Abg. Dr. Kullenkampff (Magdeburg) bezeichnete die den Finanzministern aus der Novelle zum Reichsnotengesetz erwachende Pflichterweiterung für unerträglich. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz hielt den unangenehmen Drängen vor, daß die Betätigung des deutschen Wirtschaftslebens von den staatlichen Stellen nicht von heute auf morgen vor sich gehen könne; für das Brot beispielsweise würde das Bundesgesetz auf 30 bis 40 % zur Folge haben. Im Streit um den vieldeutigen Begriff Sozialisierung solle man daran festhalten, daß es unter Anerkennung der unentbehrlichen Unternehmerinitiative den Einfluß der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß zu erweitern gelte. Zum Thema der Kommunalisierung verwies der Minister auf die italienischen Erfahrungen, die sehr dazu ansetzen, überwälzliche Hoffnungen zu dämpfen.

Nach lebhafter weiterer Debatte, an der sich Ökonomenrat Schmitt, Schell (Bremen), Wilhelm Ficht (Frankfurt a. M.), Dr. Döbelbauer (München), Dr. Carlsson (Halle), Mugdan (Berlin), Dr. Geilenkirchen (Köln), Telegrafienreiter Rorte (Darmstadt), Arbeiterdirektor Langer (Oberhausen), Direktor Kubitier (Duisburg) und Land-Ing. Rodemann (Machen) beteiligten, wurden geschäftliche Dinge erledigt. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. v. Krause schloß hierauf die Tagung mit einer kurzen Ansprache, in der er die innere Geschlossenheit der Partei hervorhob.

Ein neues Mitglied für die Sozialisierungskommission.

Br. Berlin, 4. Dez. (Eia. Drahtbericht.) Das frühere Mitglied der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung, der Gewerkschaftsführer Gustav Hartmann vom Verband deutscher Gewerkschaftenvereine (Hirsch-Dunder), ist als neues Mitglied in die Sozialisierungskommission berufen worden.

(10. Fortsetzung.)

Rohrbruch verboten.

Das Marienkind.

Roman von H. Noth.

„Da hast du es!“ dachte diese Schadenfroh, als sie Marie nachsah. „Der bekam das „solche“ Gesicht zu sehen“, freute sie sich.

Der blonde Herr stand und blickte Marie nach. Wie hatte er nur glauben können? Erstens radelte Walli Rheinprecht gar nicht, fiel ihm ein. Das wäre ihr doch schon zu plebejisch oder zu unmodern gewesen. Sie war eine sehr vornehme Dame, die Baroness, das mußte man ihr lassen. Ganz Hochglanz! Und dann: Figur wundervoll, Haare wundervoll, Teint wundervoll, jugendstark! Aber — ein Gesichtchen wie diese da, die er einen Augenblick für sie gehalten hatte, befah sie keineswegs.

„Wenn sie solch Gesichtchen hätte“, dachte der Blonde, während er sich in der Richtung nach dem Konzertplatz zu in Bewegung setzte, „doch heute bewürde ich mich um sie.“

Übrigens war sie trotzdem nicht ganz von der Hand zu weisen, denn — du lieber Himmel! — alles auf einmal konnte man nie haben.

3. Kapitel.

Jenseits der Kaiser-Wilhelm-Brücke, die weit über den Strand ins Meer hineinragte, in der Nähe des rechtsseitigen Familienbades und nicht außerhalb des Klangbereichs der Kurmusik, von der der Windhauch verwehte Bruchstücke herunter an den Strand brachte, saßen in zwei benachbarten Strandkörben, die im Winkel zueinander aufgestellt waren, so daß sie eine Art Plauderzirkel bildeten, zwei Damen.

Jede von ihnen war durch ihr Korbgehäuse vor den grellen Lichtstrahlen der Sonne geschützt, aber die schimmernde Meerflut draußen warf das Himmelslicht zurück, daß es die Augen blendete.

Die Ältere der beiden, eine volle, schwerfällige Frau

Die Forderungen für den Mittellandkanal.

W. T. B. Berlin, 2. Dez. Die Gesamtsumme, die für den Mittellandkanal angefordert wird, beläuft sich, wie der „Vorwärts“ schreibt, auf rund 436 Millionen Mark, nach heutigem Geldstande also mindestens auf 4 Milliarden. Das sei gewiß eine hohe Summe, aber das Geld sei gut angelegt. Mit ihm solle ein Werk geschaffen werden, das uns volkswirtschaftlich vorwärtsbringe. Es werde den Osten und Westen besser miteinander verbinden, dem Austausch ihrer Produkte die Wege ebnen, den Verkehr gewaltig steigern helfen und vielleicht mehr, als wir jetzt ahnen, unsere Aufwärtsbewegung fördern.

Die südafrikanische Wollausfuhr nach Deutschland.

W. T. B. London, 4. Dez. Die „Times“ berichtet aus Kapstadt, daß die südafrikanische Regierung eine Kommission nach Deutschland entsandte, um eine Untersuchung über die Möglichkeit der südafrikanischen Wollausfuhr nach Deutschland anzustellen. Es besteht der Plan, das in Südafrika ausgedehnt unter öffentlicher Verwaltung stehende Eigentum deutscher Untertanen im Werte von 10 Millionen Pfund als Sicherheit für die Bezahlung der von Deutschland in Südafrika gekauften Wollle zu benutzen. Es wird auch die Möglichkeit eines Austausches von Wollle gegen deutsche Industrieprodukte untersucht.

Die deutsche zoologische Station in Neapel.

Br. Berlin, 4. Dez. (Eia. Drahtbericht.) Wie uns von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, ist durch königlich italienisches Dekret die deutsche zoologische Station in Neapel wieder in den alten Rechts- und Vertragszustand vor dem Kriege zurückversetzt worden.

Wiesbadener Nachrichten.

Zur Fleischversorgung.

Der Nassauische Viehhändlerverein hielt am Samstag im „Hotel Einhorn“ eine ordentliche Generalversammlung ab, die erste seit Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Vorsitzende S. Kohn (Biebrich a. Rh.) wies u. a. darauf hin, daß der Viehhandel gerade in der Zeit der bevorstehenden Bedeutung sei, er habe es sich zur Aufgabe gestellt, darauf hinzuwirken, daß die Märkte regelrecht beschickt würden, um eine ordnungsgemäße Versorgung der Konsumenten mit Fleisch zu sichern und eine rückgängige Preisentwicklung herbeizuführen. Trotzdem der Handel von dem Zwang befreit sei, habe man regierungsfreudig noch in vielen Stellen denselben Fesseln angelegt, so durch den Handel nach Lebendgewicht, durch die Einführung der Schlachtscheine und die Ausweisarten. Letztere müßten Gültigkeit für das ganze Reichgebiet haben, wir auch auf dem Bundesrat des Landes der Viehhändler Deutschlands auf Anregung der Nassauischen Viehhändler beschlossen worden sei. In der sich anschließenden regen Diskussion wurde auf Anregung des Viehhändlers Grau (Mainz) im Hinblick auf die Freiheit des Handels und der Preisgestaltung folgende Resolution, die an den Regierungspräsidenten und die Bezirksverwaltungen Frankfurt gerichtet werden soll, einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung erhebt einstimmig Protest dagegen, daß die Firma Steigerwald u. Co. in Frankfurt a. M. allein von der Regierung beauftragt ist, Vieh aus dem Reichs-Raum Bayern auszuführen. Sie fordert, daß jedem Viehhändler das gleiche Recht ausproben wird, Vieh aus Bayern auszuführen, daß seit dem 1. Oktober d. J. der Viehhandel in freigegeben sei. Weiter wurde beschlossen, daß die Mitglieder des Vereins die seitens des Reichs zu hohen Preisen angebotenen Schlachtscheine nicht erwerben, sondern die Landwirtschaftskammer Wiesbaden zu ersuchen, Scharbatterate zur Schließung von Viehhändlerfreistellen in allen Teilen des Reichs einzurichten, wie ein solches bereits im Untermainkreis in die Wege geleitet ist. Dem Magistrat Wiesbaden anzugeben, die Verkaufshalle für Großvieh am Viehbof vom 1. Januar 1921 wieder dem Handel zur Verfügung zu stellen, da sonst der Wiesbadener Viehmarkt boykottiert würde, das Vieh auf dem hiesigen Markt ohne Gewähr und nur gegen sofortige Barzahlung zu verkaufen, und zu diesem Behuf eine leistungsfähige Kommission aus drei Viehhändlern und drei Messermessern einzusetzen, sowie schließlich wegen der schlechten Beförderung des Viehs bei der Eisenbahn mündliche Beschwerden bei der Eisenbahndirektion Mainz zu erheben.“ Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Tagung des Bundes der Viehhändler Deutschlands am 25. November d. J. in Berlin und betonte, aus dem dort gefaßten Beschlüssen sei hervorgegangen, daß von einer Gefahr für die künftige Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch im Reichsgebiet bei den jetzigen Abschachtungen keine Rede sein könne, der Viehhandel zur Durchführung seiner gesunden Preisbildung beitragen werde

und kein Beweis erbracht sei, daß irgend ein Viehhändler in Deutschland bei Viehverchiebungen nach dem Ausland mitgewirkt habe.

— Aus der Sitzung des Landesausschusses. Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeister Traverser hielt am vergangenen Freitag und Samstag der Landesausschuß im Landeshaus seine erste Sitzung ab, welcher der neue Landeshauptmann beizuhörte. Von den Beisitzern sind die folgenden von allgemeinem Interesse: Für die Gemeinde Landau, ebenfalls im Oberlahnkreis wurden zur Erbauung einer Hochdruckwasserleitung mit 23 Oberflächendrantsen und zur Anschaffung von Feuerlöschgeräten 1500 M. bewilligt. Die Gemeinde versandte Darlehen von 10 000 M. bewilligt. Die gesamten Kosten, welche die Gemeinde aufwendet, betragen sich auf 1 240 000 M. — In die Gemeinde Marienberg im Oberlahnkreis gelangte zur Instandsetzung des Brandwehres zu dem bereits bewilligten Betrag von 600 M. ein weiterer in gleicher Höhe zur Bewilligung. Die Gemeinde Erbach (Riedelau) erhält zur Anschaffung von Tachymetern und Niveaumessern für die freiwillige Feuerwehr 1200 M. Bewilligung. Die Gemeinde Jora für die Erbauung einer Hochdruckwasserleitung mit 11 Unterflächendrantsen eine Prämie von 2000 M. und ein gering verzinsliches Darlehen von 4000 M., die Gemeinde Seidenbach zur Instandsetzung ihres Brandwehres 600 M. Prämie und ein gering verzinsliches Darlehen von 4000 M. Zu Mitgliedern des Verwaltungsrats der Nassauischen Brandversicherungsgesellschaft vom 1. Januar 1921 ab auf 6 Jahre wurden gewählt als Mitglieder: Geh. Justizrat Dr. Alberti (Wiesbaden), Kaufmann Trott (Daguer), Stadtrat Langemann (Frankfurt) und Landwirt Ehrlich (Kloppenheim); zu Stellvertretern: Bürgermeister Schmidt (Kloppenheim), Dischendorfer Bierbrauer (Weiburg), Stadtratordnenenrath Schöffler (Biebrich) und Geh. Reg.-Rat Landrat Rex (Weiburg). — In den Verwaltungsausschuß der Feuerwehr-Unterschulung wurden gewählt als Mitglieder: Geh. Justizrat Dr. Alberti und Stadtrat Langemann, als Stellvertreter: Bürgermeister Schmidt und Schöffler. — Die Beiträge für die Nassauische Brandversicherung für das Kalenderjahr 1921 wurden für je 1000 M. Versicherungs-kapital auf 40 Pf. festgesetzt. Mit der Erhebung wird vom 1. April 1921 ab begonnen.

Eine wichtige Entscheidung für den Automobilhandel.

Als Kettenhandel wurde bisher angesehen, wenn sich in den Warenverkehr zwischen Fabrikant, Großhändler, Kleinbändler und Verbraucher noch ein Verkaufsglied einfügte, das die Ware zu einem höheren Preis verkaufte als dem Einkaufspreis. Es hatte ein Verkauf von Anhängern von der Fabrik zum Großhändler, zu einem anderen Großhändler, zum Untervertreter und dann zum Verbraucher stattgefunden. Angeklagt war wegen Kettenhandels der zweite Großhändler, der die Wagen mit einem Aufschlag von 25 Prozent veräußert hatte. Auf Grund des Gutachtens eines Sachverständigen kam das Gericht zur Auffassung, daß kein Kettenhandel vorliege und sprach den Beschuldigten frei, obwohl die Ware vom Fabrikanten bis zum Verbraucher um 66 2/3 Prozent verteuert war. Es wurde festgestellt, daß die Ware durch die Tätigkeit des zweiten Großhändlers dem Verbraucher näher gebracht war. Der erste Großhändler ist der Vertreter der Fabrik, er hält kein Lager. Aus dem Lager des zweiten Großhändlers sucht sich der Kleinbändler die für seinen Bedarf nötigen Waren aus. Er kann dann die Kraftwagen dem Verbraucher vorführen und etwa gewünschte Änderungen anbringen. Deshalb kann der zweite Großhändler nicht als eine überflüssige Erscheinung auf dem Weg der Ware zum Verbraucher angesehen werden.

— Unnötige Einschreibsendungen. Einschreibsendungen werden von vielen Behörden und Privaten oft angewandt, wo auch eine gewöhnliche Sendung ausreichen würde. Seit hat der Reichsarbeitsminister sein Reich angewiesen, bei Versendung von Schriftstücken zu prüfen, ob mit Rücksicht auf den Wert des Gegenstandes eine gewöhnliche Postsendung genügt, oder ob sie eingeschrieben oder als Wert- oder Geldbrief geschickt werden muß. Der Zentralversorgungsamt geben von den Hauptversorgungsämtern, Versorgungsämtern und Versorgungsstellen täglich eine größere Anzahl von Einschreibsendungen zu, ohne daß ihr Inhalt einer größeren Sicherung während des Postwegs bedürfte, als der gewöhnliche Inhalt der auf dem gewöhnlichen Postweg eingehenden Sendungen. Dazu kommt, daß die Einschreibsendungen gegenüber der gewöhnlichen Post einem Zeitverlust von mehreren Stunden unterliegen, so daß z. B. die wünschenswerten Schnellfahrten bei der Ausführung von Anweisungen und Betriebsvorschriften leidet. Es entstehen bei der Banküberweisung oft Verzögerungen um 24, unter Hinzurechnung von Sonn- und Feiertagen 48 und mehr Stunden Verlust.

— Zündwarenpreise. Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 30. Oktober 1920 sind neue Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Zündwaren erlassen. Es ist zu unterscheiden zwischen inländischer und ausländischer Ware, für die jedoch bei der üblichen Bedienung dieselben Preise festgesetzt worden sind. Für

mit einem massigen, rechteckigen Gesicht, das in der Kinngegend entschieden zu breit war, mattblondem, grobemengemtem Haar und schlapper Fülle ohne rechte feste Form, lehnte sich daher tiefer in ihren Strandkorb zurück, um nicht auf das glühende Wasser hinausschauen zu müssen. Die Jüngere hingegen, eine brünette Dame von etwa vierzig Jahren, fest geschnürt und in einem knappgehenden modischen Kleid, das ihre kräftig ausladende Hüfte und die runden Hüften beinahe allzu deutlich modelte, streckte den Kopf und blinzelte auf den Strand vor sich und auf das Wasser hinaus.

Gruppen von Kindern, die Beine bis hoch hinauf nach, wie elegant auch ihr Oberteil sein mochte, pudelten mit allerlei Werkzeugen, Schaufeln und Spaten, im Sand herum, in dem sie immer neue Wunder zu entdecken schienen, die sie mit heftigerem Geschrei begrüßten. Vor den Damen lag auf dem Sande ein Boot; das Segel war noch gehißt und gleißte im Sonnenlicht blendend weiß, und draußen auf dem Meere zog eben ein Ruderboot vorbei, in dem mehrere junge Mädchen saßen und ein mehrstimmiges Lied erklingen ließen.

Die schwarze Dame schloß nun doch die Augen ein wenig, blanke, schwarze Augen, die in ihrem Gesicht am meisten auffielen, denn die Hauptzüge desselben, Mund und Nase, waren eigentlich nur in Strichform angedeutet, so schmal waren sie, und dadurch ließen sie das weiße Oval ihres Gesichts voller und breiter erscheinen, als es war.

Es war dem Schnitt nach ein hübsches Gesicht und die Dame war ganz gewiß in ihren jungen Jahren ein sehr hübsches Mädchen gewesen. Man konnte sie auch noch eine hübsche Frau nennen, aber das Charakteristische an ihrem Gesicht, eben diese Schmalheit der Hauptzüge, trat nun doch schon etwas zu stark hervor, als daß der Gesamteindruck ein ganz angenehmer hätte sein können. Zum Teil glichen das die schwarzen Augen, die unter sehr schön und rein gezeichneten dunklen Brauen lebhaft und beweglich hervorblickten, aber wieder aus.

Ohne die reise Fülle, gegen die brünette Frau

durch allzu starkes Schnüren ankämpfte, hätte sie auch noch viel jugendlicher ausgesehen. Immerhin war sie keine Frau, deren Jugend so spurlos hinter ihr versunken war, daß man sich nicht mehr vorstellen konnte, wie sie als junges Mädchen ausgesehen haben mochte. In manchen Augenblicken sah man deutlich durch die Maske der vierziger Jahre das temperamentvolle Mädchen ausblenden, das Frau Jenni Leendinghoven der einst gewesen war.

Zahlreiche Frauen in ihren und sogar noch in reiferen Jahren trugen hier im Seebad ständig Weiß. Es war Frau Leendinghovens Kummer, daß sie sich nicht getraute, es ihnen nachzumachen, denn diese beliebte Sommerfarbe ließ sie gar zu breit und stark erscheinen. Sie trug also lieber andere Farben, heute ein zartblaues Leinenkleid, dessen Stoff vielfach durch Einsätze unterbrochen war und das ihr vorzüglich stand.

Sie war unstreitig sehr gut angezogen, und die graublöde Frau im anderen Strandkorb hieß es für angezeigt, ihr darüber ihre Anerkennung auszusprechen. „Ich hätte gar nicht geglaubt, daß die norddeutschen Damen so viel Geschmack haben“, sagte sie in schleppendem Tone und in ausgesprochenem Wienerisch. „Wir in Wien haben uns unter preußischem Geschmack nie was Besonderes vorgestellt. Aber das hat sich kurios geändert. In Berlin hab' ich gestaunt.“

„Run ja, aber Wien kann uns in Geschmacksachen doch immer noch etwas vorgeben“, antwortete Frau Leendinghoven lebenswürdig. „Man sieht das auch an Ihnen.“

Im stillen wunderte sie sich darüber mehr, als Frau Segler sich über den Geschmack der Berlinerinnen wundern konnte. Frau Segler war nämlich immer mit gutem, diskreten Geschmack angezogen. Meistens in Grau oder matten, fein abgetönten Farben, die zu ihrer ganzen Erscheinung passend abgestimmt waren. Nichts Grelles, Lautes in der Farbe, sondern nur verschwommene, verwischte Nuancen.

(Fortsetzung folgt.)

Beförderung von Winterportgeräten.

Die Beförderung von Winterportgeräten als Gepäcks- und Expressgut, sowie deren Mitnahme als Handgepäck in die 3. und 4. Wagenklasse der Personenzüge ist wieder zugelassen. Die Mitnahme in die 1. und 2. Wagenklasse, sowie in die Schnellzüge bleibt ausgeschlossen.
Mainz, den 4. Dezember 1920. F173
Gisenbahndirektion.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten — 12. und 13. Dezember d. J. — für sämtliche Zweige des Handelsgewerbes eine Beschäftigungszeit von 11½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3—6 Uhr nachmittags ausfallen werden ist.
Wiesbaden, den 25. November 1920.
Der Polizeipräsident. Kranke.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 8. d. M., vormittags 10 Uhr beginnend, werde ich im Versteigerungslotale Helmenstr. 25 öffentlich meistbietend gegen Barzahlung veräußern:

1. Zwangsweise: 3 Schreibtische mit Stuhl, 1 Sofa, 2 Stühle, 1 Tisch, 1 Teppich, 1 Koffer u. a. m.
2. Nachlag, freiw.: 1 Spiegelschrank, 1 gr. eigener Schrank, 1 Vertiko, 1 Schlafkommode, 1 Sofa, 1 Esstisch, 4 Rohrstühle, 1 Trümo, 1 Plüschgarderobe, 1 Gramophon mit Platten, 1 Nähmaschine (Singer), 2 Wanduhren, verschied. Tischchen, Silber u. Gold, Damenkleider u. Wäsche, 1 goldene Damenuhr, 3 Ringe u. 1 Broche, 1 elektr. Tischlampe, 1 Schließkoffer, 1 Koffer u. a. m.

Die Versteigerung findet bestimmt statt.

Befichtigung ¼ Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Wiesbaden, den 6. Dezember 1920.

Richter, Gerichtsvollzieher
Oranienstraße 48 1.

Bücherrevisionen

Kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung, Bilanzstellungen.

Steuerberatung

Finanzgutachten

Vermögensverwaltung

Unterzeichneter ist in allen Zweigen der Buchführung gründlich erfahren, bilanzfähig, mit Steuerangelegenheiten vertraut, als Bankfachmann in allen Vermögensfragen bewandert, in Finanzgutachten geübt, ehrenamtlich in Gemeindefiskalverwaltung tätig.

Beauftragt, falls gewünscht, im Hause.

Franz Semler

Wiesbaden (Eigenheim)
Eintrachtstraße 15.

= A vendre =

mobilier très élégant pour chambres à coucher se composant:

d'une armoire avec commode, 2 m de largeur, une toilette, un bois de lit, 150 cm, deux tables de nuit avec petite armoire pour pharmacie, deux chaises pour un prix fixe de 14 000 Mk. 1372

Gebrüder Leicher, Oranienstr. 6.

Beisteuer-

Anlagen zu bedeutend ermäßigten

Sätzen führt aus

M. Commichau

elektr. Licht- und Kraftanlagen
Telephon 1980. Schwalbacher Str. 44.

Reiche Auswahl in
Beleuchtungskörpern, Koch- u. Heizapparaten.

Neu eingefroren:

Sägeböcke das Stück

Mk. 23.—

A. Baer & Co. H. Diehl

Wellritzstraße 51 Bleichstraße 9

Telephon 406. Telephon 3316.

Günstige Gelegenheit!

Der Verkauf von Kinder- u. Damen-Strickjacken, Strickkostümen, Burnussen, Mänteln, Mantelkleidern, Tanzstundenkl., Blusen, Morgenröcken, Schürzen etc. zu enorm billigen Preisen

findet bis auf weiteres

Wielandstr. 1, I. Etage

statt. Ph. Ellinger.

Praktisches Weihnachtsgeschenk!

MAGGI's Würze in Flaschen,

MAGGI's Suppen in Würfeln,

MAGGI's Fleischbrühwürfel.

Diese sind nur echt, wenn sie auf der Etikette den Namen
MAGGI tragen.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Gewerkschaftstartell Wiesbaden.

Das Fest der Liebe naht.

Hundert, ja tausende Kinder sehen traurig dem Weihnachtsfeste entgegen, weil sie wissen, daß die Eltern nicht in der Lage sind, ihnen an Weihnachten etwas zu schenken. Unerschwinglich sind die Preise und lärmend ist das Einkommen. Hier muß fremde Hilfe eingreifen. Das Gewerkschaftstartell Wiesbaden veranstaltet deshalb für die Kinder der bedürftigen, minderbemittelten und erwerbslosen Bevölkerung eine

Weihnachts-Bescherung.

Große Vorräte und zahlreiche Geschenke sind notwendig, um das Werk durchzuführen zu können. Wir richten deshalb an die gesamte Bevölkerung die Bitte:

Gibt reichlich und schnell.

Ein großes, edles Werk heist Ihr damit vollbringen. Es kann nicht daran gedacht werden, jedem Kinde etwas neues zu beschaffen, denn dazu reichen die Mittel nicht aus. Sicher besitzen sich aber in jedem Haushalt noch gutehaltene Spielzeug, Bücher, Gebrauchsgüter usw., die dort nicht mehr gebraucht werden. Gebt diese heraus und bereitet den Kindern der Armen eine Weihnachtsfreude.

Sammelstellen befinden sich:

Im Wohlfahrtsamt, Rheinstr. 36, Part. 1.

Im Büro der Hotelangestellten, Hochstättenstraße 12, B. 1.

Im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 49 (Hausverwaltung).

Diese sind geöffnet vom Mittwoch, den 8. Dez. bis Dienstag, den 14. Dez., in den üblichen Geschäftsstunden. Vorräte bitten wir auf unser Postkassenkonto 30 120 C. Dengel, Frankfurt a. M. einzahlen zu wollen. Auf Wunsch werden sowohl Geschenke wie auch Gelder durch Verkaufsträger im Hause abgeholt. Schriftliche Mitteilungen erbitten wir an C. Dengel, Wiesbaden, Wellritzstraße 26, Part. (Telephon 1609.)

Wir wiederholen unsere Bitte: Gebt reichlich und schnell.

Das Gewerkschaftstartell Wiesbaden.

Versteigerung neuen Mobiliars.

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe läßt die Firma
Weyershäuser & Küßbomen

heute Dienstag, den 7. Dezember,
morgens 9½ Uhr,

in ihren Geschäftslotale

17 Luisenstraße 17

nachverzeichnete neuen, teils selbst angefertigten Mobiliargegenstände, als:

- 1 Biedermeier-Salon, 1 Rokoko-Salon,
- Speisezimmer, Herrenzimmer, Flur-
- ständer, altes Bild auf Holz gemalt,
- verschiedene Einzelmöbel, 1 Kassen-
- schrank, 2 wasserdichte Wagentdecken,
- 1 P.S. Elektro-Motor

freiwillig meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bernh. Rosenau & Emil Wintermeyer

Auktionatoren und Taxatoren.

Büro und Auktionslokal: 3 Marktplatz 3. 1477

Korbmöbel

Gesäß 80 Mk.

ab Fabrik.

Tischler, Grabenstr. 2. 2.

Telephon 3973.

Weihnachtsgeschenk kann auf Wunsch stehen bleiben.

Ein Transport

junger hochtragender Röhre

steht ab Montag zum Verkauf

Adlerstraße 41.

Spröck & Heig.

Friedens-Fabrikate

Seifen-Abteilung:

- Echte Kernseife
- Transparent-
- Schmierseife
- Fett-Seifenpulver
- Mainz. Rad (Salm. Terp.)
- Moguntol (sehr arom.)

Fett-Abteilung:

- Braten-Fett
- Kokos-Speisefett
- Speise-Oel
- Leinöl (techn.)
- Talg (techn.)

Chem. Abteilung:

- Effax-Schuhkrem
- Putzblank-Scheuer-
- pulver
- Bleichsoda
- Effaxol, Metallputz
- Lederfett

Hochgesand & Ampt, Mainz

67.



Petschäfte,
Stempel,
Kinderdruckereien
sind beliebt & billige
Weihnachtsgeschenke
GÖTZEN
Langgasse 37 1.

Prima gelbe
Spezialartoffeln
zu haben. Schmieden.
Kerolstraße 42. 1.

WIR HABEN STETS AM LAGER
**KISTEN-
ZETTEL**
MIT VERSCHIED. AUFDROCKEN
L. SCHELLENBERG'SCHE
HOFBUCHDRUCKEREI
LANGGASSE 21
FERNSPRECHER
6638/33

Große Sendung
irische Döfen
von 180 Mk. an sind ein-
getroffen. 1474
Chmes,
Wellendstraße 42.

Kunstgewerblichen Gegenstände

Werden zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
ausverkauft, da ausserhalb des Rahmens
meines Geschäfts.

Habe den Laden und damit die Bestände
des Kunstgewerbehause Wiesbaden,
Wilhelmstraße 46, übernommen.

GALERIE DÜRER

A. Becher.

Auf Bronzen 40% Rabatt.

Zentralheizungen.

Viel Koks erspart man durch kleine Änderungen
des Heizungskessels.
In Referenzen. Erfolg sicher. Kosten gering.
Offerten unter T. 753 an den Tagbl.-Verl.

Neue Autodecken und Schläuche

sowie vulkanisierte Autodecken, ferner
Zahngummi, französis. und engl. Fabrikat,
stets greifbar am Lager des

COMPTOIR GENERAL

Filiale Wiesbaden
Dotzheimer Str. 105. Tel. 5010.



Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir

Billettapiere in Kassetten

mit und ohne Namen-Puldruck

Besuchskarten

in moderner Druckausführung

L. Schellenberg'sche

Hofbuchdruckerei

Tagblatthaus ••• Telephon 6630/33

Karbid-Lampen, alles Fahrradzubehör Bind,
Fahradlampen Goethestr. 2, kein Boden

